

# DIE LINKE.

## in der Wetterau

### Hier stimmt was nicht !

In Deutschland ist die Zahl der Millionäre während der Krise gestiegen. Gleichzeitig gibt es immer mehr Geringverdiener/innen und die Armut wächst.

Da muss man doch sagen: Hier stimmt etwas nicht! Wieso verweigert denn eigentlich eine Mehrheit im Bundestag eine angemessene Vermögenssteuer?

*Lesen Sie das Interview auf Seite 4*

### Abgeschoben

Wegen der Abschiebung einer armenischen Familie gerät Landrat Arnold unter Druck. Nach 14 Jahren wurden zwei Söhne und ihre Mutter ausgewiesen.

*Lesen Sie Seite 2*

### Pauschale für Unterkunft und Heizung ist unsozial

Hartz IV-Empfänger/innen und Bezieher/innen von Grundsicherung haben Anspruch auf eine warme Wohnung und warmes Wasser. Der Wetteraukreis hat die Ausgaben für Unterkunft und Heizung um 3,5 Millionen Euro gekürzt. Die Betroffenen erhalten nun eine Pauschale und nicht mehr die tatsächlichen Kosten.

Werden nicht mehr die tatsächlichen Kosten ausgezahlt, die für Unterkunft und Heizung anfallen, trifft das Menschen, die von Grundsicherung leben. Sie müssen dann die fehlende Summe aus der Grundsicherung selbst ausgleichen. Die Betroffenen leben dann weit unter dem Existenzminimum.

Nach bisher geltendem Recht dürfen Kommunen

*Fortsetzung auf Seite 5*

### **Wohnung zu teuer!**

behauptet das Jobcenter. „Stimmt nicht!“ sagt DIE LINKE. Genau wie das Bundessozialgericht. Zahlt das Jobcenter nicht Ihre volle Miete? Dann sollten Sie sich wehren, denn die Rechtsprechung ist auf Ihrer Seite. Wir informieren Sie, was Sie tun können: [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

### Wie das Jobcenter Menschen schikaniert

*Lesen Sie Seite 3*

## Abgeschoben

Es macht sich immer gut, Menschenrechte bei anderen Staaten anzumahnen. So auch bei der Türkei. Sie wird gern wegen ihrer Politik gegen Minderheiten wie Armenier und Kurden kritisiert. Aber ausge-rechnet Angehörige dieser verfolgten Völker schiebt man aus der Wetterau ab.

### **Plötzlich war überall Polizei...**

Jüngster Fall: eine armenische Familie aus Altenstadt, die kurz vor Weihnachten überraschend abgeschoben wurde. Mutter und Sohn waren zum Ausländeramt nach Büdingen bestellt worden, um die Aufenthaltspapiere verlängern zu lassen. Man bat sie, einen Moment zu warten. Doch dann stand plötzlich die Polizei im Raum und führte sie in Handschellen ab. Zwanzig Polizisten begleiteten die beiden nach Hause. Die Wohnung wurde umstellt, der kranke Bruder aus dem Bett geholt. Sie durften das Nötigste packen und ab ging es zum

Flughafen. Der Vater, der schwer herzkrank ist, blieb allein zurück.

Der Sohn durfte keinen Rechtsanwalt anrufen. Sein Handy wurde ihm abgenommen. Er erhielt es erst vor dem Abflug zurück.

### **Landrat redet sich raus**

*DIE LINKE*. Fraktion im Kreistag wandte sich an den Landrat: „Die Familie lebt schon seit 14 Jahren in Deutschland. Warum war es nötig, die Familie direkt im Ausländeramt zu verhaften?“ Die Fraktionsvorsitzende Gabi Faulhaber, die von Beruf Lehrerin ist, sagte: „Mamikon Sogamarian war mein Schüler. Er hat sich Arbeit gesucht und war im Sportver-

ein aktiv. Selbst wenn seine Eltern dem Ausländeramt Probleme gemacht haben: die Kinder sind hier gebildet worden. Sie sind hier sozialisiert. Jetzt werden sie in Sippenhaft genommen.“ Landrat Arnold schrieb der Linken, dass bei den beiden jungen Männern eigentlich die so genannte „Altfallregelung“ angewendet werden könnte. Doch wegen der fehlenden Bereitschaft der Eltern (!) ist das nicht möglich und jetzt können sie auch nicht wieder einreisen. Welche Logik!

Ärgerlich findet *DIE LINKE*., dass die Ausländerbehörde des Wetteraukreises immer wieder durch besonders hartes Vorgehen auffällt.



***DIE LINKE***. eröffnete in der Friedberger Altstadt

ein Büro. Veranstaltungen, Ausstellungen, Sitzungen, Lesungen - all das ist möglich in den neuen Räumen. Auch die Erwerbsloseninitiative Wetterau trifft sich dort. Wenn Sie Interesse haben, die Räume zu nutzen, wenden Sie sich an ***DIE LINKE***.

Termine und Informationen finden Sie unter [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de) oder [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

Wie das Jobcenter Hartz IV Betroffene schikaniert:

# Alltag im Nervenkrieg

**Gabi Faulhaber, Kreistagsabgeordnete der Linken, sprach mit Hartz IV Betroffenen. Sie berichteten über den Nervenkrieg mit dem Jobcenter und wie sie mit Ignoranz und Misstrauen umgehen. Lesen Sie über eine andere Welt in einem reichen Land.**

„Am schlimmsten ist das Misstrauen. Man wird von vorn herein als Betrüger behandelt“, sagte eine Hartz IV Betroffene. „Ob man dem Jobcenter einen Brief schreibt oder etwas persönlich abgibt - alles muss mit Zeugen erledigt werden. Denn die Post kommt oft nicht an. Gibt man es im Haus ab, erhält es der Sachbearbeiter nicht. Oder sagt er das nur so? Es kommt so oft vor.“

## **Nur noch mit Zeugen**

Eine Frau nennt ein Beispiel: „Ich habe bei einer Urlaubsvertretung eine Gasrechnung der Stadtwerke abgegeben und genau gesehen, wie sie ins Fach des zuständigen Sachbearbeiters gelegt wurde. Dann kam eine Mahnung der Stadtwerke und der Sachbearbeiter bestritt, diese Rechnung erhalten zu haben. Es ging um ca. 70 Euro. Das ist für mich sehr viel Geld. Die Rechnung wurde

erst bezahlt, als mein Rechtsanwaltnachfrage.“

## **Leider vergessen...**

Es kommt vor, dass ein Sachbearbeiter etwas vergisst. Natürlich kommt das vor.

Aber für die Betroffenen ist das verheerend. Eine alleinerziehende Mutter berichtet: „Der Sachbearbeiter vergaß die Überweisung für einen Monat. Meine Kinder und ich waren zwei Wochen ohne Geld. Ich rannte dem Jobcenter die Türen ein. Endlich bekam ich vorläufig einen Lebensmittelgutschein für 50 Euro, damit ich etwas zum Essen kaufen konnte.“

Hier setzt eine andere Frau ein: „Ich bin umgezogen. In der alten Wohnung war eine Küche, doch in der neuen nicht. Ich sollte bei der WAUS in Büdingen gebrauchte Küchengeräte kaufen. Doch dort stellte sich heraus, dass die Kopfzeile auf meinem Berechtigungsschein

nicht ausgefüllt war. Der Sachbearbeiter hatte es vergessen. Das war ein ziemlicher Hickhack bis es dann geklappt hat.“

## **Geld gekürzt**

Lebhaft wird das Gespräch, als es darum ging, dass die Betroffenen mal was nicht rechtzeitig abgeben können. Alle hatten etwas zu berichten. Ein Beispiel:

„Ich hatte eine Arbeitsstelle als Aushilfe mit Minilohn gefunden. Der Arbeitseinsatz war flexibel. Die haben angerufen, wenn sie mich brauchten. Dadurch habe ich Termine beim Jobcenter nicht wahrnehmen können. Ich habe natürlich dort angerufen und abgesagt. Trotzdem wurde das Hartz IV-Geld um 25% gekürzt. Angeblich wegen unentschuldigtem Fehlen ohne Begründung. Mein Rechtsanwalt hat ein Eilverfahren beantragt. Das Gericht hat nach zwei Monaten ein Verfahren zugelassen und eine Schlichtung anberaumt. Erst dann lenkte das Jobcenter ein. Wir haben ein halbes Jahr auf das Geld gewartet.“

---

*Lesen sie weitere unglaubliche Erfahrungen in der nächsten Ausgabe der Zeitung DIE LINKE. in der Wetterau.*

# Hier stimmt was nicht!



## Interview mit Rudi Kreich, Kreistagsabgeordneter der Linken.

*Fällt der Linken nichts anderes ein, als die hohen Einkommen zu besteuern? Ist das nicht Neid?*

Neid? Nein. DIE LINKE zeigt nur auf, dass der Reichtum in der Gesellschaft total ungerecht verteilt ist.

Während der gesamten Krisenzeit hat der große Reichtum einer Minderheit zugenommen. 2002 gab es in Deutschland bereits 720 000 Millionäre, die ein Vermögen von 2 Billionen Euro besaßen. Nur acht Jahre später, 2010, wurden bereits 924 000 Millionäre mit einem Geldvermögen in Höhe von ca. 3

Billionen Euro gezählt.

Aber in der selben Zeit gibt es immer mehr Menschen, die Geringverdiener/innen sind: Leiharbeiter/innen, befristet Beschäftigte unter Tarif bezahlt, prekär Beschäftigte...

Hier stimmt doch was nicht! Wieso verweigert denn eigentlich eine Mehrheit im Bundestag eine angemessene Vermögenssteuer?

*Aber wir haben doch auch eine Schuldenkrise...*

Wir könnten alle öffentlich notwendigen Aufgaben bezahlen, wenn die Millionäre angemessen besteuert würden.

Die Armut der Öffentlichen Hand ist vor allem das Ergebnis des Reichtums der großen Banken und der Superreichen. Denn mit der steigenden Zahl der Millionäre stieg auch die öffentliche Verschuldung. Dem Privatvermögen von 2,7 Billionen Euro stehen ca. 2 Billionen Euro öffentliche Schulden gegenüber. In Wirklichkeit haben wir keine Schul-

denkrise, sondern eine Verteilungskrise.

Wäre nicht die Einkommenssteuer gesenkt, bzw. ganz gestrichen worden, wäre nicht die Erbschaftsteuer viel zu niedrig - wir hätten genug Geld für Soziales, Bildung und Kultur. Wenn dann noch der Finanzmarkt reguliert würde, die Spekulationsgeschäfte, die Hedgefonds und Leerverkäufe verboten würden, kämen wir auch raus aus der Krise.

*Aber Bundeskanzlerin Merkel will doch auch nicht, dass der Euro kaputtgeht, oder?*

Die Wege, die Frau Merkel und Herr Sarkozy nun suchen, sind wieder neoliberale Wege. Sie wollen ja an der Macht der Banken nichts verändern, sie wollen nur deren Schulden begleichen und übernehmen. Die Gewinne bleiben in privater Hand. Das ist sozial grob ungerecht.

Und es ist auch völlig undemokratisch, wenn die Politik das Geschehen nicht mehr entscheidet. Frau Merkel verwaltet die Krise. Die Entscheidungen treffen andere.

# Pauschale für Unterkunft und Heizung ist unsozial

oder der Landkreis nur pauschalieren, wenn ausreichend freier Wohnraum zur Verfügung steht. Den Betroffenen muss es möglich sein, mit der Pauschale eine Wohnung mit ausreichendem Standard im unteren Preissegment anzumieten.

## **Kaum Sozialwohnungen**

*DIE LINKE.* hat die Gemeinden angeschrieben und erfahren, dass nur wenige Kommunen Sozialwohnungen haben. Die Quadratmeterpreise, die der Wetteraukreis benennt, werden von der Mehrheit der Gemeinden als nicht realistisch gesehen.

## **Verfehlte Strukturpolitik**

Die Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung führen auch zu weiteren Problemen: Einkommensschwache Menschen werden gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben und in billigere Wohnquartiere auszuweichen.

Im Wetteraukreis ist dies überwiegend der strukturschwache Ostkreis oder besondere Viertel in den Städten des Westkreises. Ghettobildung und strukturelle Verarmung sind bereits jetzt schon mancherorts spürbar.

Eigentlich wäre es die Aufgabe der Kreistagsabgeordneten und des Landrats, diese Entwicklung aufzuhalten. Doch keine der anderen Parteien will Armut und Wohnungsnot bekämpfen, sondern sie verschweigen die Probleme lieber.

## **Intransparenz**

Den Kreistagsabgeordneten werden die grundlegenden Papiere, wie der Armutsbericht (Sozialindex) und das „schlüssige Konzept“ (statt eines Mietspiegels, den es nicht gibt) verweigert. *DIE LINKE.* beantragte die Veröffentlichung. Doch die anderen Fraktionen wollten diese Arbeitsgrundlage gar nicht haben. Was die Vermutung

nahe legt, dass sie sich für Sozialpolitik nicht interessieren.

Die Kreisspitze begründete ihre Geheimniskrämerei damit, dass Privatfirmen aus dem Sozialindex und dem Mietkonzept einen Vorteil ziehen könnten. *DIE LINKE.* monierte in ihrer Haushaltsrede die Intransparenz im Kreistag. Andere Kreise veröffentlichten ihren Armutsbericht oder den Mietspiegel im Internet. Zum Beispiel Frankfurt oder auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg. Und hier in der Wetterau soll das nicht möglich sein? Wieso legen die Kreistagsabgeordneten der anderen Parteien keinen Wert darauf, vor einer Abstimmung umfassend informiert zu werden?

**Liebe Leserin,  
lieber Leser!  
wenden Sie sich an  
unsere Abgeordneten,  
wenn Sie ein Anliegen haben:  
Fraktion *DIE LINKE.*  
im Kreistag der  
Wetterau, [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)**

# Allgemeinheit bezahlt Eliteschule

In Bad Vilbel wird eine private europäische Schule gebaut. Sie wurde von der Landesregierung als Ersatzschule genehmigt und erhält nun Millionen an Zuschüssen aus dem Landesetat.

Doch was die Allgemeinheit bezahlt kommt nicht allen zugute. Die Europäische Schule ist eine private Eliteschule. Die Eltern müssen Schulgeld bezahlen. Somit wird eine

soziale Selektion betrieben. Wer kann sich schon ein Schulgeld zwischen 350 und 1000 Euro leisten? Dabei geben sich die Betreiber „sozial“: Das Schulgeld ist nach Ein-

kommen gestaffelt. 350 Euro ist der Mindestbeitrag für Eltern mit einem Einkommen von „nur“ 40000 Euro im Jahr. Dass jemand weniger verdienen könnte, ist nicht vorgesehen.

# Rechte Gefahr aus der „Mitte“?

**Immer mehr braune Spuren führen nach Hessen.**

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes hält sich „zufällig“ in einem Kasseler Internetcafé auf, während dessen der Besitzer, Halit Yozgat, von den Zwickauer Nazi-Terroristen ermordet wird. Anlass für weitere Ermittlungen? Fehlanzeige!

Oder: Kevin S., der 2008 in einem Zeltlager der Linksjugend solid' mit einem Klappspaten ein schlafendes Mädchen schwer verletzt hatte, wurde als Einzeltäter dargestellt. Die Landesregierung bestreitet, dass die „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ - zu denen Kevin S. gehört - über organisierte Struktu-

ren verfügen. Jetzt stellte sich heraus, dass Kevin S. direkte Kontakte zu den Zwickauer Nazi-Terroristen hatte. Doch die Landesregierung schweigt weiterhin beharrlich. Welche Rolle spielt der hessische Verfassungsschutz? Gibt es in Hessen einen Schutzraum für Neonazis?

Die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, nimmt drastisch zu, wenn aus der so genannten „Mitte“ der Gesellschaft Signale der Akzeptanz oder Ermunterung ausgehen.

Sebastian Pella, Riedstädter CDU-Stadtverordneter und Mitarbeiter des

CDU Landtagsabgeordneten Günter Schork, hatte jahrelang für rechte Magazine geschrieben. Auch hatte er ein Buch über den NS-Rassentheoretiker Woltmann veröffentlicht. Oder: Daniel Budzynski, Vorstandsmitglied der CDU Kassel Nord. Er wurde als Mitglied der Naziorganisation „Freier Widerstand Kassel“ enttarnt.

Warum hat der Verfassungsschutz keinen Hinweis gegeben? Sind rechtsextreme Positionen in der hessischen CDU so weit verbreitet, dass ein ausgewiesener Neonazi nicht weiter auffällt?

# Der Kreistag überlässt seine Haushaltsplanung einer Privatfirma

**Der Wetteraukreis hat 255 Millionen Euro Schulden. Eine Privatfirma bekam den Auftrag, 17,5 Millionen Euro aufzuspüren, die aus dem Haushalt 2012/2013 gestrichen werden können. SPD/FDP/Grüne und CDU/FWG/Piraten stimmten der Vorlage kritiklos zu. Politische Ideen haben sie selbst nicht.**

Eine Consulting-Agentur durchforstete den Wetteraukreis nach so genannten „Einsparpotentialen“. Dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend ist herausgekommen, dass das Meiste bei den Sozialleistungen und bei den Beschäftigten eingespart werden kann.

Die Kreistagsabgeordneten stimmten diesen Vorschlägen weitgehend zu. Das ist eigentlich nicht verwunderlich: Es waren ihre Parteien in Berlin und Wiesbaden, die die Steuern der Reichen gesenkt haben. Sie haben die Schuldenbremse eingeführt und nichts für eine Reform der Kommunalfinanzierung getan.

2011 bekam die Consulting-Agentur 100000 Euro. Für so viel Geld hätten viele der kleineren Kürzungen nicht getätigt werden müssen.

Warum kommen die Kreisverwaltung und der Kreistag nicht auf eigene Ideen? Machen sie es wie in der großen Politik? Dort bestimmen auch nicht die Politiker/innen, sondern die Ratingagenturen. Die Frage ist nur: warum lassen sich das die Kreistagsabgeordneten gefallen? Wieso wird der politische Spielraum freiwillig aufgegeben? Ein Parlament, das seine Aufgaben einer Privatfirma übergibt und nicht politisch entscheidet, ist überflüssig!

## ***Kreis kürzt bei Sport und Musik***

Musikschulen werden ein Fünftel ihrer Förderung verlieren. Das heißt, die Musikschulen müssen ihre Preise erhöhen. Und das geht nicht nur zu Lasten einkommensschwacher Familien.

Auch beim Sport wurde der Rotstift angesetzt: obwohl schon heute nur noch mit sehr viel ehrenamtlichem Einsatz eine gute Arbeit möglich ist. **DIE LINKE** beantragte, die Zuschüsse für den Sport nicht zu kürzen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass hier Sparen sinnvoll sein soll. Prävention, Bewegungsangebote besonders für Kinder und Jugendliche, Behindertensport, spezielle Angebote zur Linderung von Gebrechen (z. B. Rückenschule) verbessern nicht nur die Lebensqualität der Menschen, sondern senken auch die Kosten im Gesundheitswesen.

